## Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Autorenverzeichnis	XXVII
1. Teil: Theoretische und dogmatische Grundzüge	
Verfassunggebende Gewalt – Verfassung – Konstitutionalis	ierung
Christoph Möllers	1
Föderalismus	
Stefan Oeter	59
Institutionen	
Antje Wiener	121
Europäische Prinzipienlehre	
Armin von Bogdandy	149
Souveränität und Vorrang	
Alexander Schmitt Glaeser	205
Europäische Verfassungsgerichtsbarkeit	
Franz C. Mayer	229
Staatliches Unionsverfassungsrecht	
Christoph Grabenwarter	283
Völkerrechtliche Nebenverfassungen	
Robert Uerpmann	339
Verfassungsrechtliche Beziehungen zwischen Europäischer Union und Europäischen Gemeinschaften	:
Werner Schroeder	373

Kompetenzen	
Martin Nettesheim	415
Handlungsformen	
Jürgen Bast	479
Unionsbürgerschaft	
Stefan Kadelbach	539
Grundrechte	
Jürgen Kühling	583
Grundfreiheiten	
Thorsten Kingreen	631
Wirtschaftsverfassung	
Armin Hatje	683
Wettbewerbsverfassung	
Josef Drexl	747
Gestalt und Finalität	
Ulrich Haltern	803
2. Teil: Gesamteinschätzungen	
Die Europäische Union im Spannungsfeld von gemeinschaftlicher und nationaler Politik und Rechtsordnung	
Ulrich Everling	847
Die rechtliche Struktur der Europäischen Union als Staatenverbund	
Paul Kirchhof	893
Die Vorzüge der Europäischen Verfassung	
Manfred Zuleeg	931
Sachregister	959

## Inhaltsverzeichnis

Αι	ntorenverzeichnisXX	VII
1.	Teil: Theoretische und dogmatische Grundzüge	
Ve	erfassunggebende Gewalt – Verfassung – Konstitutionalisierung	
	Christoph Möllers	
I.	Vorüberlegung: Bedeutungsebenen des Verfassungsbegriffs	1
II.	Theoretische Vorbedingungen: Zwei Typen von Verfassung	4 4 6
	2. Herrschaftsformung: Verfassung als Verrechtlichung der Politik  a) Herrschaftsbegrenzung als Verrechtlichung von Herrschaft  b) Eingeschränkte Normativität  c) Fazit  d) Insbesondere: Verfassung als Vertrag  3. Zusammenhang: Verfassung als Kopplung von Politik und Recht	9 9 .11 .12
III	. Grundpositionen in der Verfassungsdiskussion – eine kritische	
	Bestandsaufnahme  1. Zuordnung der Verfassung zum Nationalstaat.  2. Relativierungen des Verfassungsbegriffs  a) Gleichsetzung von Verfassung und Verfassungsfunktionen  b) Verfassungselemente  c) Fazit.  3. Heteronomie oder Autonomie des Unionsrechts  4. Eingeschränkte Ergiebigkeit der Diskussionsfronten	.18 .21 .22 .25 .26
IV	Drei Begriffe der Verfassung in Europa	
	Freiheit	.36 .39
	Überverrechtlichung und intergouvernementale Politisierung	.46

	3. Konstitutionalisierung.	47
	a) Gemeineuropäisches Verfassungsrecht – Prinzipienbildung	49
	b) Grundrechte-Charta	50
	c) Administrative Konstitutionalisierung	50
	d) Zur Legitimation von evolutionären	
	Konstitutionalisierungsprozessen	53
V.	Europäisches Verfassungsrecht – Vermessung eines Rechtsgebiets und Funktion der Rechtswissenschaften in der Verfassungsdebatte	54
Fö	deralismus	
	Stefan Oeter	
I.	Einführung: Die Europäische Union – ein föderales Gemeinwesen? »Understanding the European Union as a Federal Polity«	59
II.	Die verschiedenen »Föderalismusdiskurse« – eine Skizze	63
III.	. Die Europäische Union als föderatives »Mischsystem«	71
IV.	. Vom Nutzen föderaler Analogien – oder: der Zentralstaat als Leitbild	
	der Staatstheorie	76
	1. Die Souveränitätsfrage	78
	2. »Geteilte Souveränität« und das Prinzip der Volkssouveränität	83
	3. Volkssouveränität und die »Verfassung« der Europäischen Union	
V.	Die Rolle des Demokratieprinzips im föderalen »Staatenverbund«	93
VI	. Die Konstruktion demokratischer Verantwortlichkeit – Erfahrungen föderaler Systeme	100
VI	I. Das geeinte Europa als föderales System – Wo kommt das föderale »Staatsvolk« her?	107
VI	II. Schlussfolgerungen: Die föderale »Verbundverfassung« als zukunftsweisende Konstruktion	
In	stitutionen	
	Antje Wiener	
Ei	nleitung	121
I.	Politische Handlung und die Rolle von Institutionen	123
	1. Akteurszentrierte Ansätze: Logik des Konsequentialismus	125
	2. Strukturorientierte Ansätze: Logik der Angemessenheit	126
	3. Intersubjektive Ansätze: Logik des Argumentierens	129

II. Phasen der Institutionenbildung im Konstitutionalisierungsprozess	130
1. Integration (1960–1985)	133
2. Europäisierung (seit 1985)	
3. Nachholende Politisierung (seit 1993)	
4. Zusammenfassung	
-	
III. Institutionenbildung in ausgewählten Politikfeldern: Bürgerschaft	120
und Verfassungsprozess	
2. Verfassungsdebatte	
IV. Schlussfolgerungen	146
Europäische Prinzipienlehre	
Armin von Bogdandy	
I. Aufgaben- und Leistungsprofil einer europäischen Prinzipienlehre	149
1. Prinzipienlehre und Verfassungsrechtswissenschaft	149
2. Rechtsdogmatische Aufgaben	152
3. Rechts- und integrationspolitische Perspektiven	154
4. Die Integration als Prozess der Prinzipienbildung	
II. Allgemeine Fragen einer europäischen Prinzipienlehre	156
1. Der Untersuchungsgegenstand	156
2. Staatliche und supranationale Strukturprinzipien: zur Frage der	
Übertragbarkeit	158
3. Supranationaler Föderalismus als Gestaltidee	160
4. Verfassungsprinzipien angesichts variierender Sektoralregelungen	
III. Strukturprinzipien supranationaler Hoheitsgewalt	
2. Herrschaft des Rechts	
a) Rechtsgemeinschaft	103
b) Bürgerschützende Grundsätze	100 160
3. Demokratie	
a) Entwicklung und allgemeiner Gehalt	
b) Demokratieprinzip und Organstruktur	
c) Transparenz, Beteiligung, Deliberativität und Flexibilität	178
d) Supranationale Demokratic: eine Evaluierung	
4. Solidarität	
IV. Die föderale Balance zwischen Einheit und Vielfalt	
1. Vielfalt in einem System komplementärer Teilverfassungen	
2. Einheit stiftende Prinzipien	
a) Zielverwirklichung oder Integration tout court?	186

	b) Strukturelle Kompatibilität oder Homogenität?	
	c) Supranationalität?	
	d) Die einheitliche und vorrangige Rechtsordnung	
	a) Kompetenzlehren	
	b) Ein allgemeines Prinzip der Vielfalt?	
	c) Schutz der Vielfalt durch Organisation und Verfahren	
	4. Das Loyalitätsprinzip und die föderale Balance	
V.	. Schlussbetrachtung	203
Sc	ouveränität und Vorrang	
	Alexander Schmitt Glaeser	
I.	Einleitung	205
11.	Die Souveränitätsfrage	
	<ol> <li>Das quellenhierarchische Dilemma.</li> <li>Nationale Vorbehalte im europäischen</li> </ol>	200
	Verantwortungszusammenhang	209
	3. Die Problematik theoretischer Lösungen	211
	4. Die kleine Antwort auf die Souveränitätsfrage	215
III	I. Die Aufgabe der Dogmatik im Rahmen der europäischen	
***	Rechtsgemeinschaft und der dogmatische Verständnisansatz	220
	Eigengesetzlichkeiten des dogmatischen Ansatzes	220
	2. Die methodische Bedeutung der Besinnung auf dogmatische	
	Ansätze	223
	a) Vom Anwendungsvorrang zum Anwendungszusammenhang	224
	b) Die einheitliche und unmittelbare Geltung	226
IV	7. Schluss	227
Ει	uropäische Verfassungsgerichtsbarkeit	
	Franz C. Mayer	
Ei	nleitung	229
I.	Bestandsaufnahme: Der EuGH und nationale oberste Gerichte –	
	Kollision oder Kooperation?	230
	1. Prozedurale Perspektive: Die Vorlageverpflichtung nach	
	Art. 234 Abs. 3 EG	232
	a) Die Vorlageverpflichtung nationaler oberster Gerichte aus	
	gemeinschaftsrechtlicher Perspektive	232

Inhaltsverzeichnis XIII

b) Die Vorlagepraxis der nationalen obersten Gerichte	234
c) Stellungnahme	237
2. Materiell-rechtliche Perspektive	
a) Die Sicht des EuGH	
b) Die Perspektive der nationalen obersten Gerichte	
3. Zwischenergebnis	
-	
II. Analyse und theoretische Einordnung	253
1. Möglichkeiten zur rechtlichen Gestaltung der	2-2
Letztentscheidungsfrage	
a) Ansatz bei Kompetenzbestimmungen und Prüfungsmaßstäben	
b) Ansatz bei den Letztentscheidungsorganen	253
2. Möglichkeiten einer theoretischen Einordnung	259
a) Bestehende Einordnungs- und Lösungsversuche	259
b) Einbettung in eine zeitgemäße Verfassungskonzeption	
c) Komplementäre Verfassungsgerichtsbarkeit – Einwände	
3. Zwischenergebnis	277
III. Prospektive Aspekte: Entwicklungsperspektiven im Verhältnis	
zwischen europäischer und nationaler Gerichtsbarkeit	278
1. Themen der Verfassungsdebatte bis 2004	278
a) Grundrechte	
b) Die Kompetenzfrage	
c) Die europäische Governance-Debatte	
d) Die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen	
2. Offene Fragen	
~	
Zusammenfassung	282
Staatliches Unionsverfassungsrecht	
Christoph Grabenwarter	
•	
I. Einleitung	283
II. Das Verhältnis zwischen dem Recht der Union und dem nationalen	
Verfassungsrecht	284
1. Umfassender Vorrang des Gemeinschaftsrechts	
2. Begrenzter Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor Verfassungsrecht.	
3. Vorrang der Verfassung	
4. Die Situation in den Rechtsordnungen der Beitrittskandidaten	
5. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Begründungsansätzen.	
III. Inhalte des Unionsverfassungsrechts der Mitgliedstaaten	297
1. Souveränität und Übertragung von Hoheitsrechten	297
2. Struktursicherungsklauseln	301

3. Föderale und dezentrale Einheiten304
4. Die Stellung der nationalen Parlamente
5. Grundrechte
a) Die vom Gemeinschaftsrecht geforderte Ausweitung des
Gewährleistungsumfangs einer nationalen grundrechtlichen
Garantie: Das Beispiel des Kommunalwahlrechts
Gemeinschaftsrechts: Das Beispiel der Gleichheit von Mann
und Frau319
c) Verstärkung und Veränderung der Wirkung der EMRK im
innerstaatlichen Bereich
d) Indirekte Auswirkungen des Gemeinschaftsrechts auf den
Gewährleistungsumfang nationaler Grundrechtsgarantien
e) Abstimmung nationaler Grundrechte mit der Verdichtung des
Rechtsbestandes auf europäischer Ebene
Zusammenfassende Beobachtungen zum Verhältnis des nationalen
Verfassungsrechts zum Recht der Union
1. Die handelnden Organe der Verfassungsordnung
2. Interdependenzen zwischen den Verfassungsordnungen der
Mitgliedstaaten untereinander sowie zwischen mitgliedstaatlichen
Verfassungen und europarechtlichen »Nebenverfassungen«
3. Typologie nach der inhaltlichen Ausrichtung: Integrationsoffene
und defensive Anpassungen
4. Entwicklung zur gegenseitigen Verklammerung der Verfassungen
zu einem Verfassungsverbund
kerrechtliche Nebenverfassungen
_
Robert Uerpmann
Öffnung der Rechtsordnung zum Völkerrecht als Verfassungsfrage339
Beitritt
1. WTO
a) Art. 300 Abs. 7 EG als Ausgangspunkt
b) Theorie der unmittelbaren Anwendbarkeit
c) Einschränkung der internen Wirkung durch den Grundsatz der
Gegenseitigkeit 352
d) Einschränkung der internen Wirkung durch den Rat
e) Interne Wirkung ohne unmittelbare Anwendbarkeit
: ENIKK 257
2. EMRK
Rechtsnachfolge kraft Funktionsnachfolge 360  Völkerrechtliche Rechtsnachfolge 360

	a) GATT 1947	
	b) EMRK	
	_	504
IV.	. Ausdrückliche primärrechtliche Inkorporation – insbes. Art. 6 Abs. 2 EU	365
V.	Allgemeine Rechtsgrundsätze	367
VI.	. Bewertung	369
	erfassungsrechtliche Beziehungen zwischen Europäischer Unior eropäischen Gemeinschaften	ı und
	Werner Schroeder	
I.	Einführung	373
II.	Die institutionelle Entwicklung der EU	375
Ш.	Der Forschungsstand.	377
	1. Das Tempel-Modell	
	2. Union als Klammer für intergouvernementale und supranationale	
	Politiken	
	3. Union und Gemeinschaften als getrennte Organisationen	
	<ul><li>4. Union als gegliederte Organisation.</li><li>5. Verschmelzung von Union und Gemeinschaften.</li></ul>	3/9 290
	6. Zwischenbefund	
TT 7		
IV.	Die völkerrechtliche Eigenständigkeit der Union	
	Die Rekonstruktion der Onion im Lichte der Staatstneorie      Die Leistungsfähigkeit des Konzepts der Völkerrechtsfähigkeit	
	a) Elemente der rechtlichen Emanzipation eines Hoheitsträgers	
	b) Die normative Funktion der Völkerrechtsfähigkeit	
	3. Die Völkerrechtsfähigkeit der Union	
	a) Der Wille der Mitgliedstaaten	
	b) Eigene Befugnisse der Union	
	c) Körperschaftliche Struktur der Union	388
	d) Die Praxis	390
V.	Die organisationsrechtliche Gliederung der Union	392
	1. Die einheitliche öffentliche Gewalt der Union	392
	a) Anknüpfung der öffentlichen Gewalt an den	
	Legitimationsbegriff	393
	b) Gemeinsame Legitimation der öffentlichen Gewalt von Union	
	und Gemeinschaften	
	c) Konsequenzen	396

	2. Fusionierung der Europäischen Gemeinschaften als Vorbild?	39
	a) Die Fusion der Organe der Gemeinschaften	39
	b) Theorie von der funktionalen Verdoppelung	398
	c) Funktionale Handlungseinheit der Gemeinschaften	400
	3. Union und Gemeinschaften als funktionale Einheit	401
	a) Der einheitliche institutionelle Rahmen der Union	<b>4</b> 01
	b) Unitarisierung, aber Fortbestand von Union und	
	Gemeinschaften	403
V	I. Ein Rechtssystem von Union und Gemeinschaften?	404
	1. Der Gedanke der Rechtseinheit in der EuGH-Judikatur	405
	2. Zur Einheit von Unions- und Gemeinschaftsrecht	407
	a) Einheit der Organisation und Einheit der Rechtsordnung	407
	b) Abgrenzung der Kompetenzbestimmungen im EU- und	
	EG-Vertrag	408
	c) Die wechselseitigen Einflüsse von Unions- und	
	Gemeinschaftsrecht	410
V	II. Ergebnis: Das Spannungsverhältnis zwischen Fragmentierungs- und	
	Einheitstendenzen	413
K	ompetenzen	
	Martin Nettesheim	
I.	Kompetenzlehren des Unionsrechts	415
	1. Der Begriff der Kompetenz	415
	2. Die Kompetenzordnung der EU als Grundlage und Bauplan der	
	Europäischen Föderation	418
	a) Begriff und Idee der Föderation	418
	b) Der Verbund als konsoziative Föderation	420
	c) Schlussfolgerungen für das Kompetenzverständnis	420
	3. Kompetenzbedarf für amtliches Handeln	428
	4. Kompetenz, Rechtsfehlerhaftigkeit und Geltung	430
II.	Kompetenztypen des Unionsrechts	. 432
	1. Eindimensionalität der Kompetenzzuweisung.	432
	2. Positivierte und ungeschriebene Kompetenzen	433
	a) Der Regelfall: Kompetenzbegründung durch	
	Vertragsbestimmung	433
	b) Ungeschriebene Kompetenzen durch EuGH-	
	Rechtsfortbildung	433
	c) Insbesondere: Ungeschriebene Kompetenzen im Außenbereich	436
	3. Kompetenzcharakteristika (Breite, Tiefe, Dichte, Modus,	
	Ausrichtung)	420

Inhaltsverzeichnis XVII

	4. Ausschließliche, konkurrierende und parallele Kompetenzen	
	b) Der Bestand auswärtiger Kompetenzen	
	5. Kompetenzen und Funktionen	
Ш	. Kompetenzen und Institutionsverfassung	461
	1. Gestaltungsmöglichkeiten nach Art. 48 EU	
	2. Sekundärrechtliche Einflussnahme auf die Organisationsverfassung	463
	a) Die Einrichtung von Gliedern und Ämtern	463
	b) Rechtliche Grenzen	464
IV	. Die Wahl zwischen verschiedenen Kompetenznormen	473
H	andlungsformen	
	Jürgen Bast	
I.	Programm	479
II.	Stand der Erkenntnis	481
	1. Dogmengeschichtliche Skizze	
	a) Die Gemeinschaft für Kohle und Stahl –	
	Fokus auf die Entscheidung	482
	b) Die EWG der 60er und 70er Jahre –	
	Fokus auf die Verordnung	485
	c) Die Diskussionen der 80er und 90er Jahre –	
	Fokus auf die Richtlinie	
	2. Gegenwärtiger Forschungsstand	
	a) Handlungsformenlehre auf dem Rückzug?	
	b) Systematische Gründe für nachlassendes Interesse	
	c) Unbefriedigter Forschungsbedarf	494
Ш	. Verfassungsrechtliche Ausgangslage	498
	1. Art. 249 EG als Zentralnorm	
	a) Normative Gehalte des Art. 249 EG	499
	b) Sperrwirkungen des Art. 249 EG	
	2. Die Einheit des abgeleiteten Rechts	
	a) Gleichrang der Legislativorgane	
	b) Gleichrang der Rechtsetzungsverfahren	
	c) Gleichrang der verbindlichen Handlungsformen	
	d) Durchführungsrecht: keine eigene Rangstufe	
	e) Fehlende Hierarchie als Systemanomalie?	
	f) Ungewöhnliche Anforderungen an die Handlungsformenlehre	
	3. Die Konzeption der Rechtsprechung	
	b) Begriff der Entscheidung nach Art. 230 Abs. 4 EG	
	O DOGINI GOLLINGUIGIUNE NACH ANG. 4.70 AUS. T.EXT	7

XVIII Inhaltsverzeichnis

IV	. Formenspezifische Anforderungen an Legalität und Wirksamkeit 1. Wirksamkeitsvoraussetzungen	524
	2. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	526
V.	Wirkungsmodus als Zentralkategorie	529
	1. Versuch einer Systematisierung	529
	2. Multifunktionalität der Formen	
	3. Arbeitsteiligkeit der Formen	534
Ur	nionsbürgerschaft	
	Stefan Kadelbach	
I.	Einleitung	539
II.	Die Idee der Unionsbürgerschaft	541
	1. Geschichte	541
	2. Die Konstruktion des europäischen Bürgerstatus	545
	a) Staatsangehörigkeit	545
	b) Staatsbürgerschaft	546
	c) Unionsbürgerschaft	548
III.	Die rechtlichen Komponenten der Unionsbürgerschaft	550
	1. Individualrechte auf der Grundlage des EG-Vertrages	550
	a) Grundfreiheiten	550
	b) Sekundäres Recht: Unionsbürger als Steuerzahler,	
	Leistungsempfänger und Verbraucher	551
	2. Unionsbürgerrechte im engeren Sinne	552
	a) Freizügigkeit	552
	b) Politische Rechte und Zugang zu öffentlichen Ämtern	554
	c) Petition, Information, Zugang zu Dokumenten	557
	d) Diplomatischer und konsularischer Schutz	560
	3. Unionsbürgerrechte und Diskriminierungsverbot	562
	a) Verbindungen zwischen Unionsbürgerschaft und allgemeinem	
	Diskriminierungsverbot	562
	b) Derivative soziale Rechte	563
	c) Derivative kulturelle Rechte	564
	4. Unionsbürgerliche Pflichten?	565
	5. Das Verhältnis der Unionsbürgerschaft zu den Grundrechten	566
	6. Zwischenbewertung	570
V.	Die Zukunft der Unionsbürgerschaft	571
	1. Unionsbürger im europäischen Mehrebenensystem	571
	a) Bürgerstatus und Identität	571
	b) Bürgerschaftliche Identitäten in mehrstufigen Systemen	575
	c) Komplementarität des Bürgerstatus und politische Mitwirkung	578

	Unionsbürgerschaft und demokratische Legitimation     Unionsbürgerschaft und europäische Verfassung	
V.	Abschließende Bemerkungen und Ausblick	581
Gı	rundrechte	
	Jürgen Kühling	
I.	Einleitung	583
TF	Stationen der Entwicklung des Grundrechtsschutzes	596
11.	Die Entwicklung des prätorischen Grundrechtsschutzes bis zur	300
	Verabschiedung der Grundrechte-Charta	586
	a) Von der Ablehnung zur Anerkennung und Entwicklung der	
	Grundrechte als Bestandteil des Gemeinschaftsrechts	586
	b) Rechtsquellen und Rechtserkenntnisquellen	
	c) Entwicklung einer Erkenntnismethode:	
	Gemeinschaftsautonome Konkretisierung auf der Grundlage	
	gemeinsamer Verfassungstraditionen und der EMRK	
	2. Die Grundrechtsdiskussion in der Ära der Grundrechte-Charta	592
	a) Neue Diskussionsimpulse durch die Verabschiedung der	
	Grundrechte-Charta – Zeit für eine radikale Neuausrichtung der Grundrechtsentwicklung?	502
	b) Fehlende Rechtsverbindlichkeit und bloßes Erkenntnismittel,	392
	aber Katalysatorwirkung für die Fortentwicklung einer	
	Grundrechtsdogmatik	593
111		
111	. Kernelemente einer Grundrechtsdogmatik	596
	der Grundrechtsdogmatik	506
	a) Funktionen der Grundrechtsdogmatik vor dem Hintergrund	370
	divergierender Grundrechtskulturen	596
	b) Notwendigkeit der Fortentwicklung der bisherigen	
	Grundrechtsdogmatik des EuGH	598
	2. Schutzdimensionen der Grundrechte	600
	a) Subjektives Abwehrrecht	600
	b) Schutzpflichten und ihre gerichtliche Durchsetzbarkeit	
	(Schutzgewährrechte)	
	c) Derivatives Teilhaberecht	
	d) Originäres Leistungsrecht	605
	3. Grundrechtsverpflichtete	605
	b) Bindung der Mitgliedstaaten als Determinante der vertikalen	∂∪6
	Deichweite der Unionsorundrachte	606

XX Inhaltsverzeichnis

	4. Grundrechtsberechtigte	
	a) Natürliche Personen	
	b) Juristische Personen	
	5. Struktur der Grundrechtsprüfung	613
	a) Überblick über die Prüfungssystematik	613
	b) Schutzbereich der Grundrechte und Eingriff in den	
	Schutzbereich	
	c) Rechtfertigung des Eingriffs in die Grundrechte	616
	d) Besonderheiten bei der Prüfung des Gleichheitsgrundsatzes,	
	der derivativen Teilhaberechte, der originären Leistungsrechte	
	und bei Schutzpflichten bzw. Schutzgewährrechten	625
IV	. Ausblick: Materiell-rechtliches und institutionelles Arbeitsprogramm.	627
c.	rundfreiheiten	
Gi	Thorsten Kingreen	
_	5	
I.	Die Grundfreiheiten im rechtswissenschaftlichen Diskurs	631
II.	Die Grundfreiheiten im Prozess der Europäisierung und	
	Konstitutionalisierung	635
	1. Der politisch-institutionelle Kontext I: Das Horizontalverhältnis	
	zwischen EuGH und europäischem Gesetzgeber	636
	a) Die Grundfreiheiten in der Krise der Gemeinschaft	
	b) Die Grundfreiheiten nach der Einheitlichen Europäischen Akte .	
	c) Die Grundfreiheiten in der Phase der Konstitutionalisierung	642
	2. Der politisch-institutionelle Kontext II: Das Vertikalverhältnis	
	zwischen EuGH und mitgliedstaatlichem Gesetzgeber	
	a) Die Grundfreiheiten als Mehrebenennormen	
	b) Die Grundfreiheiten im europäischen Verfassungsverbund	
	3. Transnationale Integration oder (supra-)nationale Legitimation?	652
Ш	. Die dogmatische Struktur und Reichweite der Grundfreiheiten	656
	Vorüberlegungen zur Strukturierung der Grundfreiheiten	
	2. Beeinträchtigung des Schutzbereiches	
	a) Die Grundfreiheiten als Marktzugangsrechte	
	b) Die gleichheitsrechtliche Struktur der Grundfreiheiten	662
	3. Rechtfertigung der Beeinträchtigung.	670
ĮV.	. Die sog. Privatwirkung der Grundfreiheiten	
	1. Unmittelbare Privatwirkung?	676
	2. Die Alternative: Das Recht auf hoheitliche Schutzgewähr	678
V.		680

Inhaltsverzeichnis XXI

## Wirtschaftsverfassung

A	rmin	Ha	tje

I.	Wirtschaftsverfassung und europäische Integration	683
	1. Aktualität des Themas	
	2. Begriff und Funktionen der Wirtschaftsverfassung	684
	a) Annäherung	685
	b) Definitionen	686
	c) Abgrenzung	687
	3. Die europäische Wirtschaftsverfassung	687
	a) Erweiterung der Debatte auf ein übergeordnetes	
	Referenzsystem	
	b) Der Verbundcharakter der europäischen Wirtschaftsverfassung.	689
	c) Funktionelle Besonderheiten der europäischen	
	Wirtschaftsverfassung	
	4. Wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume	690
	a) Formen der Zuweisung	690
	b) Dogmatische Konsequenzen	691
TT	Systementscheidung und Funktionsgarantien	601
11.	1. Die Entscheidung für eine offene Marktwirtschaft mit freiem	071
	Wettbewerb	692
	a) Rechtsqualität	
	b) Inhalte	
	2. Funktionsgarantien einer marktwirtschaftlichen Ordnung	
	a) Privatautonomie als Grundbedingung eines	0 / 1
	marktwirtschaftlichen Systems	694
	b) Koordination durch Tausch auf offenen Märkten	
	c) Wettbewerb als Instrument der Koordination	
	3. Funktionsgarantien des Marktes und Wirtschaftspolitik	
	a) Ziele der Gemeinschaftstätigkeit	
	b) Instrumente	
	c) Wirtschaftsverfassungsrechtliche Konsequenzen	
	,	
Ш	Wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume der Gemeinschaft	
	1. Asymmetrien der Kompetenzordnung	
	a) Tendenzen der bisherigen Entwicklung	
	b) Das Verhältnis von Wirtschafts- und Währungsunion	
	2. Rechtsformen der Wirtschaftspolitik	
	3. Bereiche gemeinschaftlicher Wirtschaftspolitik	
	a) Ordnungspolitik	
	b) Verlaufspolitik	
	c) Verteilungs- und Sozialpolitik	
	d) Prinzipielle Wahlfreiheit im Rahmen der Generalklausel	723

XXII Inhaltsverzeichnis

	4. Gestaltungsgrenzen	72
	a) Zielpräferenzen	
	b) Erhöhte Effektivität marktintegrativer Instrumente	72
	c) Tatbestandliche Sicherungen	720
	d) Rechtfertigungslasten	728
	5. Die Währungsunion in der Wirtschaftsverfassung	729
	a) Stabilität vor Einheit	730
	b) Stabilität vor Prosperität?	730
	c) Vertikale Konflikte	73
ΙV	7. Wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume der Mitgliedstaaten	737
	1. Verfassungsrechtliche Ausgangspositionen	73
	a) Systementscheidungen	732
	b) Funktionsgarantien einer marktwirtschaftlichen Ordnung	734
	c) Interventionistische Tendenzen	734
	2. Marktrelevante Gestaltungsspielräume	734
	a) Ordnungspolitische Vorbehalte	735
	b) Verlaufspolitische Gestaltungsspielräume	738
	c) Verteilungspolitische Gestaltungsspielräume	738
	d) Das Problem des Systemwettbewerbs	739
	3. Gestaltungsgrenzen	740
	a) Marktwirtschaftliche Ausrichtung	740
	b) Quantitative Begrenzung des finanziellen	
	Interventionspotentials	740
	c) Verhältnismäßigkeit als qualitative Schranken finanzieller	
	und regulativer Eingriffe	741
V.	Bilanz und Perspektiven	744
	and total consequences.	/ ㅋㅋ
W	ettbewerbsverfassung	
	Josef Drexl	
I.	Einführung	747
	1. Wettbewerbsrecht als materielles Verfassungsrecht	747 747
	2. Wettbewerbsrecht und Verfassungsprinzipien	750 750
T T		
11.	Wettbewerbsrecht als Teil der Wirtschaftsverfassung	752
	1. Die deutsche Sicht der »Wirtschaftsverfassung«	752
	a) Verfassungsdiskussion nach 1949	752
	b) Das ordoliberale Modell (Freiburger Schule)	753
	c) Interdependenz der Ordnungen	755
	2. Die Privatrechtsgesellschaft als Grundlage einer sozialen	
	Wettbewerbsordnung	756

Inhaltsverzeichnis XXIII

	3. Die »europäische Wirtschaftsverfassung« aus deutscher Sicht	758
	a) Die »Wirtschaftsverfassung« des EG-Vertrages	
	b) Funktionales Modell nach Ipsen	
	c) Liberales Modell nach Mestmäcker	
	d) Konzeption der Bürgerverfassung nach Reich	762
	e) Subjektives privates Recht der Wirtschaftsfreiheit nach	
	Fikentscher und Schubert sowie Gemeinschaftsprivatrecht	764
	4. Die Wirtschaftsverfassung aus gemeinschaftsrechtlicher Sicht	
	a) Legitimität eines ordoliberalen Verständnisses der europäischen	
	Wirtschaftsverfassung	
	b) Zwecke des Europäischen Wettbewerbsrechts	
	c) Wirtschaftsfreiheit als subjektives Recht im europäischen	
	Wettbewerbsrecht?	769
	d)»Individuelle Rechte« als Ausfluss des europäischen	
	Wettbewerbsrechts	771
	e) Europäisches Wettbewerbsrecht und Vertragsrecht	
	f) Charakterisierung der »individuellen Rechte« im europäischen	
	Wirtschaftsrecht	776
	g) Eigene Charakterisierung der europäischen	
	Wirtschaftsverfassung	777
T T T		
111	Einwirkung von Verfassungsprinzipien auf das Wettbewerbsrecht	
	<ol> <li>Methodik der Ermittlung relevanter Verfassungsprinzipien</li></ol>	
	2. »Gettung« von Verlassungsprinzipien im Wettbewerbsrecht	
	a) Wettbewerbsrecht als Ausdruck einer europäischen Freiheits-	/01
	und Rechtsverfassung	701
	b) Demokratische Konzeption des Marktes?	
	4. Europäische Bürgerrechte	
	5. Subsidiarität und Mehrebenenproblematik	
	6. Ergebnis	
	0. Ergeoms	/0/
IV	. Einwirkung des Wettbewerbsrechts auf die Europäische Verfassung	
	1. Teilkonstitution der Europäischen Union durch den Marktbürger	788
	2. Auswirkung auf das Verständnis materiellen Gemeinschaftsrechts:	
	Berücksichtigung der wettbewerbsrechtlichen Dimension	
	a) Dogmatik der Grundfreiheiten	
	b) Konzeption des Binnenmarktes nach Art. 95 EG	796
	c) Konzeption des Europäischen Verbrauchervertragsrechts	
	3. Wettbewerbsrechtliche Prinzipien der Europäischen Verfassung	801
V	Schlusshemerkung	802

XXIV Inhaltsverzeichnis

## Gestalt und Finalität

¥ Y			1
1 //	rich	Ha	ltern

I.	Einleitung: Zum juristischen Studium der Finalität Europas	803
II.	Europas Verfassung: Konstitutionalisierung und Verfassungsdebatte 1. »Konstitutionalisierung«	805
	2. Themen der Debatte	807
	3. Der politische Diskurs	808
	4. Die Gestalt- und Finalitätsdebatte aus juristischer Sicht	809
III	. Recht, Verfassung und sozialer Sinn	812
	1. Recht als Imaginationsform – Grammatik des Rechts	813
	2. Verfassungen als Sinnspeicher	815
IV	. Das Scheitern einer europäischen Verfassung	820
	1. Europas Geburt aus dem Geiste der Vernunft	820
	2. Europarecht als Sinnspeicher	824
	3. Gegenmaßnahmen: Imagining the Union, Inventing Traditions	827
	4. Das Beispiel der EU-Grundrechtscharta	830
	5. Konsequenzen für die Verfassungsdebatte	835
V.	Das Potential einer Europäischen Verfassung	837
	1. Moderne und Kultur des Konsumenten	837
	2. Konsument, Gesellschaft und Europäische Union: Revision	
	des Bürgers	838
	3. Der Verzicht auf Verfassung als Potential	
VI.	. Epilog: Das Wesen des Politischen in Europa	843
Di	Teil: Gesamteinschätzungen e Europäische Union im Spannungsfeld von gemeinschaftliche tionaler Politik und Rechtsordnung	r und
	Ulrich Everling	
I.	Einleitung	847
	Grundlagen der Europäischen Union	
	1. Ziele der Union	849
	2. Der Ausbau der Union zur Politischen Union	853
	3. Der Ausbau der Union zur Wirtschaftsunion	856
	Der Ausbau des institutionellen Systems der Europäischen Union	860
	1. Besonderheiten des institutionellen Systems der Union	860

Inhaltsverzeichnis XXV

	Gesetzgebungsverfahren der Union     Die Kompetenzverteilung in der Union	
IV	. Der Ausbau der Verfassungs- und Rechtsordnung der	
	Europäischen Union	871
	1. Die Verfassungsstruktur der Union	871
	2. Die Stellung der Mitgliedstaaten in der Union	875
	3. Rechtsstaatliche Verfassungsperspektiven	880
V.	Rechtliche Bewertung und Zukunft der Europäischen Union	884
	1. Folgerungen und Deutungsversuche	
	2. Die Union als föderal verfasstes Verbundsystem	
	3. Ausblick: Zur Zukunft der Union	
Di	e rechtliche Struktur der Europäischen Union als Staatenverb Paul Kirchhof	ound
I.	Verfassungsstaaten in einer europäischen Grundordnung	802
1.	Die Rechtsgemeinschaft als Gemeinschaft des Maßes	
	a) Die »immer engere« Union	
	b) Der vertragliche Vorgriff auf Erhofftes	
	Der Begriff der »Verfassung«	
	a) Das Ziel dieses geplanten Sprachgebrauchs	
	b) Die Funktion von Rechtsbegriffen	
	c) Begrenzter Vorrang der Europarechts	
	d) Entstehen der Europäischen Union	
	e) Der geschriebene Grundrechtskatalog	
	f) Verstetigende Verfassung und dynamische Grundordnung	
	g) Kein Verfassungsverbund	
TT		
11.	Die Mitgliedstaaten in der Europäischen Union	
	1. Der europäische Staatenverbund	
	a) Die Supranationalitätb) Die immer mächtiger, aber auch anfälliger werdende	
	Europäische Union	90 <i>€</i>
	c) Die sich überschneidenden rechtlichen Entstehens- und	
	Erkenntnisquellen	
	2. Das Gegenüber: Der Staat	
	a) Staatlichkeit und Europaoffenheit	
	b) Das in Freiheit vorgefundene Staatsvolk	910
	c) Souveränität	912
III.	Rechtliche Folgerungen aus dem Sonderstatus der EU	915
	1. Der Kooperationsauftrag	
	2. Moderne Formen der Gewaltenbalance	919

XXVI

	a) Die Rechtsquellen	919
	b) Freiheitsichernde Gewaltenbalance	920
	c) Entscheidungsrichtigkeit und Entscheidungsverantwortlichkeit .	921
	d) Zukunfts- und Gegenwartsorganisationen	922
	e) Gewaltenkooperation	924
	3. Reformerwartungen an eine europäische Grundordnung	924
	a) Neuordnung der Zuständigkeiten	924
	b) Demokratie in Europa	926
	c) Die Wertegemeinschaft in Grundrechten	927
	4. Das Europa der Staaten als Friedens- und Freiheitschance	928
Di	ie Vorzüge der Europäischen Verfassung	
	Manfred Zuleeg	
[.	Die Europäische Verfassung – ein Phantom?	931
II.	Die Vorzüge im Einzelnen	934
	1. Das Organisationsstatut	934
	2. Aufgaben und Ziele	936
	3. Die Aufteilung der Hoheitsgewalt	937
	4. Verfassungsgrundsätze	939
	a) Demokratie	939
	b) Rechtsstaatlichkeit	941
	c) Föderative Grundsätze	942
	d) Grundrechtsschutz	946
	5. Strukturmerkmale der europäischen Rechtsordnung	947
	6. Der Umfang der Verfassung	948
П	. Die zukünftige Entwicklung	950
	1. Der Bedarf nach einer Verfassung	950
	2. Die Überschaubarkeit der europäischen Verfassung	950
	3. Die Einstellung auf künftige Herausforderungen	951
	4. Die Regierungsfähigkeit der EU	951
	5. Die demokratische Legitimation einer Verfassung	952
	6. Die Starkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit	
	in der EU	952
	7. Die Grundrechte	953
	8. Die Rücksichtnahme auf die Mitgliedstaaten	954
	9. Abkehr von der Integration?	955
V.	Ausblick	956
20.	ahma ariatan	